



China-Strategie: Expertise von Menschenrechtsorganisationen aufnehmen

Die Menschenrechtssituation in der Volksrepublik China hat sich in den vergangenen Jahren massiv verschlechtert, China ist noch autoritärer geworden. Deutsche Politik hat darauf lange nicht reagiert. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung nun eine China-Strategie entwickelt, um auf das Verhalten des systemischen Rivalen China eine Antwort zu finden. Deutschland muss in Zukunft Risiken klarer benennen und bekämpfen – mit einem soliden Wertefundament als Grundlage.

1. Menschenrechte schützen, Selbstbestimmung und Glaubensfreiheit einfordern

Die Bundesrepublik Deutschland muss eine menschenrechtsorientierte Außenpolitik betreiben und die Verbrechen der KPCh in China, Tibet, Ostturkistan, Hongkong sowie an Glaubensgemeinschaften wie Christen oder Falun Gong bei allen Gelegenheiten öffentlich verurteilen. Insbesondere darf die Bundesregierung die Einmischung der KPCh in religiöse Praktiken und die Selbstbestimmung religiöser Gruppen nicht akzeptieren. Die Bundesregierung sollte einen regelmäßigen und öffentlichen Austausch mit Menschenrechtsverteidiger*innen, Vertreter*innen von Nichtregierungsorganisationen und Opfern von Menschenrechtsverbrechen suchen („alternativer Menschenrechtsdialog“). Das Asylverfahren für von der chinesischen Regierung religiös und politisch verfolgte Flüchtlinge sollte deutlich erleichtert werden.

2. Propaganda begegnen, Einflussnahme verhindern

Die Bundesrepublik Deutschland muss sich stärker aufstellen gegenüber Einflussnahme und Propaganda aus China. Für die Entgegennahme von Zuwendungen aus China in Politik, Wissenschaft, Medien, Verbänden etc. müssen strikte Transparenzregeln festgelegt und Verstöße hiergegen strafrechtlich sanktioniert werden. Die chinesische, tibetische, Hongkonger und uigurische Diaspora sowie Aktivist*innen in Deutschland müssen besser vor (semi-)offiziellen chinesischen Akteur*innen geschützt werden (etwa durch das Strafrecht und Öffentlichkeitsarbeit zur Anwendung hiervon).

3. Taiwan aufwerten, Demokratie unterstützen

Die Bundesrepublik Deutschland muss Taiwan politisch aufwerten und sicherheitspolitische Bemühungen zugunsten Taiwans verstärken. Taiwanischen Spitzenpolitiker*innen aus dem Kreis der bisher de facto gebannten „Big Seven“ muss die Einreise nach Deutschland erlaubt werden. Bundesminister*innen müssen regelmäßig nach Taiwan reisen. Deutschland muss zeitnah ein Freihandels- und Investitionsschutzabkommen mit Taiwan aushandeln. Der parlamentarische Freundeskreis „Berlin-Taipei“ sollte in „Berlin-Taiwan“ umbenannt werden. Außerdem sollte die Bundesrepublik den Jugend- und Studentenaustausch finanziell großzügiger unterstützen sowie die gesundheitspolitische Zusammenarbeit intensivieren.

4. Menschenrechtsverbrecher*innen zur Verantwortung ziehen

Die Bundesrepublik Deutschland muss sich für eine Stärkung des internationalen Menschenrechtssystems und von Accountability-Mechanismen einsetzen. Insbesondere muss sich Deutschland für die Ernennung eines UN-Sonderberichterstatters für China und UN-Folgemassnahmen zum UN-Bericht zur Lage der Uigur*innen einsetzen (z.B. Resolutionen). In Deutschland muss das Weltrechtsprinzip breiter angewendet werden, hierfür sollte Deutschland den Generalbundesanwalt sowie Organisationen, die Beweissammlung betreiben, finanziell deutlich besser ausstatten. Auf EU-Ebene muss sich Deutschland für deutlich umfassendere Sanktionen gegen Personen und Einrichtungen einsetzen, die in Menschenrechtsverbrechen in China verwickelt sind.

5. Abhängigkeiten reduzieren, Unternehmensverantwortung stärken

Die Bundesrepublik Deutschland muss sicherstellen, dass sich die Fehler aus der Russlandpolitik nicht wiederholen. Daher muss Deutschland Abhängigkeiten von China reduzieren. Unter anderem müssen Lieferketten diversifiziert werden – um dies zu erreichen, sollte Deutschland Investitionsgarantien für Unternehmen in China beenden, Garantien für Investments in anderen Ländern erhöhen und Anreize zur Standortverlagerung aus China zurück in die EU schaffen. Investitionen chinesischer Unternehmen in Deutschland müssen strenger überprüft und grundsätzlich restriktiver gehandhabt werden. Deutschland muss sich auf EU-Ebene für ein ehrgeizigeres Lieferkettengesetz einsetzen, inklusive zivilrechtlicher Haftung und Abdeckung aller Zulieferer. Außerdem sollte Deutschland bei seinen EU-Partnern darum werben, dass der Vorschlag der Europäischen Kommission zum Verbot der Einfuhr von Produkten aus Zwangsarbeit umgesetzt wird. Weiterhin müssen Investitionen deutscher Akteure in chinesische Firmen sowie Produktexporte streng dahingehend überprüft werden, ob diese zu Menschenrechtsverletzungen beitragen.

Unterzeichnet und erarbeitet von

FEDERATION FOR A DEMOCRATIC CHINA e.V., Yongzhong Pan (Generalsekretär)

FREIHEIT FÜR HONG KONG e.V., Ray Wong (Vorsitzender)

GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER e.V., Roman Kühn (Geschäftsführer)

HONGKONGER IN DEUTSCHLAND e.V., Aniessa Andresen (Vorsitzende)

ILHAM TOHTI INITIATIVE e.V., Enver Can (Vorsitzender)

INTERNATIONALE GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE e.V., Edgar Lamm
(Vorsitzender)

SINO EURO VOICES e.V., Tienchi Martin (Präsidentin)

TIBET INITIATIVE DEUTSCHLAND e.V., Tenzyn Zöchbauer (Geschäftsführerin)

UIGURISCHE GEMEINDE IN EUROPA e.V., Asgar Can (Vorsitzender)

VEREIN DER TIBETER IN DEUTSCHLAND e.V., Tenzin Yeshe (Vorsitzender)

VERTRETER*INNEN DER TAIWANESISCHEN GEMEINSCHAFT IN DEUTSCHLAND

WISSENSCHAFTLERIN, TU DRESDEN/IHI ZITTAU, Dr. Alicia Hennig

WORLD UYGHUR CONGRESS e.V., Dolkun Isa (Präsident)